

Herr Müller hielt in seiner Funktion als Leiter des Fachbereichs Ordnung einen entsprechenden mündlichen Vortrag und stellte wesentliche Aspekte zum Fachdienst Sicherheit und Ordnung dar.

Herr Lienesch fragte im Hinblick auf die Bodycams, ob die Mitarbeitenden der Stadt noch entsprechende Schulungen erhalten würden, sodass diese mit den Geräten rechtssicher im Hinblick auf Datenschutz umgehen könnten.

Herr Müller antwortete, dass dies zutreffend sei. In einer Schulung würde der Einsatz der Geräte entsprechend geschult werden.

Der Bürgermeister ergänzte, dass der Stadt hier insbesondere das Thema Datenschutz sehr wichtig sei. Die Erfahrungswerte aus anderen Kommunen, die man mitgeteilt bekommen habe, seien durchaus positiv.

Herr Lienesch fragte, wie der interkommunale Ordnungsdienst Stand heute gesehen würde und dies so weiterverfolgt werden solle.

Der Bürgermeister sagte, dass diese Zusammenarbeit kritisch gesehen würde, vor allem aufgrund der langen Anfahrtswege. Künftig könnte es eine Möglichkeit sein, dass hier mit einer unmittelbar benachbarten Kommune zusammengearbeitet würde.

Herr Heistermann bat darum zu erläutern, was genau bei dem Verkehrssachgebiet gemacht würde.

Herr Müller antwortete, dass wenn es hier im Rahmen von Baumaßnahmen notwendig sei, Straßen oder Teile von Straßen in Nähe der Baumaßnahme gesperrt werden müssten, dann würde dies vom Verkehrssachgebiet bearbeitet und geprüft, wie bspw. der Verkehr umgeleitet würde. Dies gelte für Baumaßnahmen von Privaten am Eigenheim aber auch ebenso für größere Angelegenheiten, dann auch häufig in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Tiefbau. Die Anzahl dieser Sachverhalte sei stark angestiegen in den vergangenen Jahren.

Frau Jung bemerkte im Hinblick auf die Bewertung von Stellen, dass überlegt werden könne, dass die Einstufung von Stellen von Rat und Verwaltung nochmal grundsätzlich überdacht und neu geordnet werden könnten. Die Stellenbewertung durch die KGSt sei politisch gewollt und habe daher eine gewisse Objektivität. Besonders bei den eher niedrig dotierten Stellen könnte aber doch das Geld, das für eine Stellenbewertung aufgewandt würde, dazu genutzt die Stelle an sich (mit) zu finanzieren. Bei diesen Stellen sei es zudem auffällig, dass hier die Konkurrenzfähigkeit zu anderen Arbeitgebern nicht gut oder gegeben sei.

Der Bürgermeister entgegnete, dass ihn diese Stellenbewertung ebenfalls umtreibe. Die KGSt würde diese Stellen des Außendienstes derzeit als Stellen mit der Entgeltgruppe 7 bewerten. So würden diese auch entsprechend momentan mit EG 7 entlohnt. Andere Kommunen würden derartige Stellen mit Entgeltgruppe 9a bewerten. Man könne sich grundsätzlich vorstellen, künftig hier in eine andere Richtung gehen und verdiente Mitarbeiter höher vergüten. Derzeit sei arbeite man aber in dem System mit der KGSt.

Herr Metz bemerkte, dass es auffällig sei, dass vieles was genehmigt würde im Hinblick auf Verkehrsführung bei bspw. Radfahrwegen nicht zufriedenstellend sei. Dies sei ein schwieriges Geschäft und es gäbe sicherlich viele Anträge in diesem Zusammenhang. Weiterhin würde es vieles erleichtern, wenn die entsprechenden Prozesse mehr und mehr digitalisiert würden.